
Teil 18– 2023

Palermo, 13. Oktober 2023

borderline-europe, Sizilien

SCIROCCO

Kurzinfo aus Italien



Scirocco [ʃiˈrɔkko-Schirokko] ist ein südöstlicher, heißer starker Wind, der für oftmals nur wenige Stunden Staub und Sand über das Mittelmeer nach Sizilien und Italiens Norden trägt. Diese Kurzinformatio erscheint seit März 2021 in einem ca. zweiwöchentlichen Rhythmus.

Politische und soziale Situation

Laut einer Kammer des Amtsgerichts Catania unter dem Vorsitz der Richterin Iolanda Apostolico ist das neue Regierungsdekret, nach dem Asylsuchende aus vermeintlich „sicheren Drittstaaten“ ein beschleunigtes Grenzverfahren in Haft durchlaufen müssen oder alternativ die Möglichkeit haben, eine Kautio von ca. 5000€ zu bezahlen, **rechtswidrig**. Dieses Dekret verletze europäisches Recht, so urteilte das Gericht am 28. September. In diesem Urteil ging es konkret um vier Asylsuchende in dem **Haftzentrum für Asylsuchende von Modica-Pozzallo**, deren Inhaftierung vom Polizeipräsidenten von Ragusa angeordnet wurde. Die Richterin lehnte die Inhaftierung ab und ordnete die sofortige Freilassung der Asylsuchenden an. Dies ist ein **wichtiges Urteil**, weil es zeigt, dass italienische Rechtsvorschriften in jedem Fall mit europäischen Rechtsvorschriften übereinstimmen müssen. Im Besonderen **verstößt** das Dekret gegen Artikel 8 der Richtlinie 2013/33/EU, nach dem Haft nur nach einer Einzelfallprüfung und als letztes Mittel angeordnet werden darf.

Die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und weitere Mitglieder der postfaschistischen Partei Fratelli d'Italia (Fdi) griffen diese Gerichtsentscheidung in einem entsprechenden Facebook-Post an. Die Richterin **Iolanda Apostolico** erwiderte, dass es sich um eine **Rechtsfrage und keine persönliche Entscheidung** handele. Diese könne auf Rechtswegen angefochten werden. Das italienische Innenministerium kündigte inzwischen an, **die Entscheidung anzufechten**. In der Zwischenzeit haben sich drei weitere Kammern des Gerichts in **Florenz** und **Catania** dem Urteil **angeschlossen**. Damit wurde die Freilassung von insgesamt 11 weiteren Tunesiern angeordnet.



Olivenfelder bei Campobello di Mazara

Neues Migrationsdekret

Der Ministerrat hat den **neuen Entwurf des Migrationsdekrets** gebilligt. Dieses muss nun vom Parlament bestätigt werden. Die überarbeitete Version enthält nur noch 12 der ursprünglich 13 Artikel – herausgenommen wurde die Möglichkeit der Intervention der Küstenwache in Hotspots im Falle von Ankünften großen Ausmaßes – doch abgesehen davon scheint **das Dekret größtenteils in seiner ursprünglichen Struktur bestätigt**: Es enthält die Möglichkeit, Migrant*innen aus schwerwiegenden Sicherheitsgründen oder bei Falschaussagen über das eigene Alter/die eigene Identität auszuweisen und 16-jährige (minderjährige) Schutzsuchende in Aufnahmezentren für Erwachsene unterzubringen, wenn keine anderen Ad-hoc-Einrichtungen zur Verfügung stehen. Zusätzlich ist eine Einführung strengerer Überprüfungen des Alters von Migrant*innen, die behaupten minderjährig zu sein vorgesehen, auch durch den Einsatz von daktyloskopischen (Finger-, Handflächen- oder Fußsohlenabdrücke) und anthropometrischen (Vermessung der Maße des menschlichen Körpers) Daten. Generell soll die Möglichkeit, sich selbst als minderjährig zu erklären, eingeschränkt werden.

Außerdem hat der Ministerrat **entschieden**, den Ausnahmezustand wegen Migration um weitere sechs Monate zu verlängern. Dieser wurde bereits im April 2023 von der Regierung erklärt.

Lampedusa

Nachdem im September innerhalb von zwei Tagen mehr als **7.000 Migrant*innen** auf Lampedusa ankamen, besuchten in den vergangenen Wochen **viele Politiker*innen** den Hotspot Contrada Imbriacola auf Lampedusa. U.a. trafen sich dort, wie **im letzten Scirocco** berichtet, Mitte September die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni und die Präsidentin der Europäischen Kommission Ursula von der Leyen. Einige Tage später kam auch der ehemalige Ministerpräsident Giuseppe Conte und nahm an einer öffentlichen Veranstaltung teil, die von einer Gruppe von Bürger*innen organisiert worden war, die seit dem 12. September einen **Sitzstreik vor dem Rathaus** abgehalten hatten. Am 28. September besuchte eine Delegation der Anwaltskammer von Agrigento in Begleitung von europäischen Anwält*innen und dem nationalen Präsidenten Francesco Greco den Hotspot, der zu diesem Zeitpunkt schon fast wieder leer war. „Wir haben gehört, dass Geld kommen wird. Einiges ist schon da, aber es ist unklar, wohin es geflossen ist“, kommentierte **Professor Giovanni Fragapane** die Finanzhilfen über 45 Millionen Euro, welche die italienische Regierung der Insel versprochen hatte, "wir brauchen Einrichtungen, die die Kultur fördern, und keine oberflächlichen Besuche, welche die Probleme unter den Teppich kehren. Wir brauchen Infrastruktur, Kinos, Mehrzweckräume!"

Jahrestag der UNO-Konvention gegen organisierte Kriminalität

Am 29. September hat die italienische Regierung Vertreter*innen aus 34 verschiedene Staaten nach Palermo eingeladen. Unter dem **Deckmantel des 20. Jahrestags** der UNO-Konvention gegen organisierte Kriminalität fand ein Austausch über "rechtliche und operative Instrumente zur Bekämpfung krimineller Aktivitäten im Mittelmeerraum" statt. Übersetzt meint die Regierung damit den „Kampf gegen Menschenhändler“, den Premierministerin Giorgia Meloni noch vor wenigen Tagen bei der UNO als notwendig bezeichnet hatte. Erwartet werden weitere **repressive Migrationspolitiken**. Daher

demonstrierte in Palermo eine große Zahl von Vereinen und Gruppen sowie Gewerkschaften gegen das Treffen unter dem Motto „Ihr seid die Kriminellen“.



Demonstration anlässlich des Jahrestags der UN-Konvention

Missbrauch von EU-Geldern zur Grenzabschottung

Oxfam hat aufgedeckt, dass EU-Gelder für die Bekämpfung der Armut in Ländern des Globalen Süden für Maßnahmen zur „Kontrolle der Migration“ missbraucht werden. Dies beinhaltet, laut des **detaillierten Berichts** der Organisation, die Unterstützung Libyens, Tunesiens und Nigers bei der Eindämmung von Migrationsströmen und den damit verbundenen Menschenrechtsverletzungen an Migrant*innen und Geflüchteten. Insgesamt wurden etwa **667 Millionen Euro aus dem europäischen Haushalt** für den Zeitraum zwischen 2021 und 2027 zweckentfremdet.

EU-Migrationsabkommen mit Tunesien

Das Migrationsabkommen zwischen der EU und Tunesien wird vorerst nicht ausgeführt. Erst hatte der tunesische Präsident **Kais Saied** die Zahlung von EU-Finanzmitteln in der Höhe von 127 Millionen Euro abgelehnt. Er führte an, dass die Finanzhilfen zur Haushaltsstabilisierung (60 Millionen Euro) und zum „Kampf gegen irreguläre Migration“, d.h. zur Grenzabschottung (60 Millionen Euro) im **Widerspruch mit der Absichtserklärung** zwischen Tunesien und der EU stünden. Der tunesische Innenminister **Kamel Feki** ergänzte, dass Tunesien unter keinen Umständen die Grenzkontrolle für

andere Staaten übernehmen werden. Nun hat auch die EU aufgrund der Ablehnung Deutschlands und anderer Staaten das Abkommen [bis nächstes Jahr auf Eis gelegt](#). So bleibt die deutsche Regierung dabei, dass Tunesien derzeit kein sicherer Herkunftsstaat sei und demokratische Grundlagen geschaffen werden müssten, bevor die Mittel fließen. Selbst die rechtsgerichtete niederländische Regierung, die das Abkommen mit Italien zusammen im Juli unterzeichnet hatte, ruderte zurück.

EU-Innenminister einigen sich auf Asyl-Krisenverordnung

Bereits seit Monaten wird in der EU über eine Asylreform verhandelt. Ziel ist es dabei vor allem Migration zu begrenzen. Nun einigten sich die EU-Innenminister*innen Anfang Oktober auf eine sogenannte [Asyl-Krisenverordnung](#), die unter anderem regeln soll, dass bei einer großen Zahl von Ankünften **Standards bei Asylverfahren zeitweise gesenkt** werden dürfen. Italien hat schon mit dem Bau und der Eröffnung der neuen „Schnellverfahrenszentren“, in denen die **Geflüchteten inhaftiert** werden sollen, begonnen. Nach der Einigung der Innenminister*innen können nun die Verhandlungen zwischen EU-Kommission, Parlament und Minister*innenrat beginnen. An der Entscheidung wurde viel Kritik geübt. So [äußerte](#) sich etwa Erik Marquardt, Migrationsexperte und Mitglied des EU-Parlaments, dass der Glaube bestehe „man müsste Geflüchtete einfach noch ein bisschen schlechter behandeln als heute; immer jeden Tag noch ein bisschen schlechter behandeln als gestern - und dann würden sie schon irgendwann aufhören zu kommen. Ich meine: Man könnte zum Beispiel auch jetzt auch Abkommen machen, die die Lage vor Ort verbessern und legale Wege schaffen.“

Anklage gegen Ex-Bürgermeister von Riace

Beim seit 2018 [laufenden Prozess gegen Mimmo Lucano](#) und sein [Riace-Modell](#) wurden die **schwerwiegendsten Anschuldigungen**

fallengelassen. Dem ehemaligen Bürgermeister wurde vorgeworfen das Aufnahmesystem für seine eigenen politischen Ziele missbraucht zu haben. In der ersten Instanz wurde Lucano zu 13 Jahren und zwei Monaten Haftstrafe verurteilt, in der Berufung wurde seine Strafe auf eineinhalb Jahre auf Bewährung erheblich reduziert. Der Prozess wurde von vielen Seiten als [politisch motiviert](#) betrachtet: So bezeichnet der emeritierter [Professor für Rechtsphilosophie und Politik, Luigi Ferrajoli](#), den Prozess als einen **befangenen Prozess**, „bei dem der Richter zum Feind des Angeklagten wird. Ein abwegiges Urteil.“

Situation der Geflüchteten

Wir [berichteten](#) bereits über den Plan der italienischen Regierung, **neue Abschiebezentren** (CPR, Centro di permanenza per i rimpatri) zu errichten. Nun hat das italienische Verteidigungsministerium ein Budget von [20 Millionen Euro](#) für die **Errichtung von 13-14 neuen Zentren** für jeweils 50-200 Personen festgelegt und bekanntgegeben, dass in jeder Region mindestens eine neue Einrichtung gebaut werden soll – möglichst nahe an Flughäfen, um Abschiebungen zu erleichtern. Das erste CPR soll in Ventimiglia gebaut werden. Viele Regionalgouverneur*innen haben sich bereits *gegen* den Bau der neuen CPR ausgesprochen. Zurzeit befinden sich 592 Migrant*innen und Geflüchtete in neun CPR.

Eines dieser Zentren soll [beim Erstaufnahmelager in Sant'Anna \(Crotona\)](#) errichtet werden. Und dass, obwohl es dort seit Jahren zu Skandalen kommt, u.a. habe sich die CPR-Leitung wohl an den finanziellen Mitteln für die Versorgung der Geflüchteten bereichert. Daher übernahm das Rote Kreuz die Interimsleitung, bevor diese wieder von einem privaten Träger übernommen wird. Da nun bekannt wurde, dass auch der neue Träger in **mafiose Geschäfte** verstrickt sei, bleibt die Situation weiterhin unklar – und das wirkt sich letztlich auf die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus, die in Sant'Anna untergebracht sind (wir berichteten bereits in der [Ausgabe 17/2023](#) des Sciroccos).

Olivenernte in Campobello di Mazara

Am 30. September 2021 brannte ein Teil der ehemaligen Zementfabrik Calcestruzzi ab, in der Saison- und anderer Arbeiter*innen von Campobello di Mazara aufgrund von fehlender Alternativen in prekären Umständen gewohnt haben. Bei dem Brand kam ein Arbeiter, Omar Baldeh, ums Leben. Nichtsdestotrotz war das Camp nach wie vor das Zuhause von den von Ausbeutung betroffenen Menschen. Vor einigen Monaten wurde dann die [Zwangsräumung des gesamten Areals angeordnet](#). Infolgedessen wurden die Menschen gezwungen [auf der Straße zu leben](#). Um Omar zu gedenken, aber auch um die Wiederöffnung des Camps zu fordern, versammelten sich verschiedene Organisationen am [30. September 2023](#) in Campobello di Mazara. In Redebeiträgen berichteten Arbeiter, dass sie seit der Räumung obdachlos sind. Sie forderten: **„Öffnet das Camp sofort, wer Oliven erntet darf nicht auf der Straße schlafen.“** Einige Wochen später erklärte der Bürgermeister jedoch, dass das Camp nicht wieder geöffnet werden würde, da die Gelder fehlten. Für eine Lösung scheint auch der politische Wille zu fehlen. Der Bürgermeister ließ sogar die Bänke in der Stadt entfernen, um zu verhindern, dass Arbeiter in der Stadt schlafen. Einen ausführlichen Artikel über die Situation in Campobello di Mazara findet ihr [hier](#).



Demonstration Campobello di Mazara

Commemorazione - Gedenken: 10 Jahre nach den Schiffsbrüchen vom 3. und 11. Oktober 2013

Am [3. Oktober 2013](#) kamen 368 eritreische Migrant*innen auf einem in Seenot geratenen Schiff nahe der Küste Lampedusas ums Leben. Nachdem

der Kapitän erfolglos versucht hatte, mit einem brennenden Lappen auf das Boot aufmerksam zu machen entstand Panik auf dem Schiff, wodurch es zu kentern begann. Zwar wurde ein Hilferuf abgesetzt, aber die italienische Küstenwache eilte den Menschen nicht zur Rettung. Sie traf erst 45 Minuten nach dem Anruf an der Unglücksstelle ein, obwohl diese nicht weit vom Hafen entfernt lag. Nur 155 Menschen konnten gerettet werden. Auch in den Tagen und Wochen, die auf die Katastrophe folgten, wurden die Überlebenden und Angehörigen der Opfer nicht angemessen von den italienischen Behörden versorgt.



Gedenkveranstaltung 03. Oktober

Anlässlich der zehnten Jahrgung dieses Tages fand in Palermo eine durch die migrantische Organisation [Stravox](#) organisierte Gedenkveranstaltung statt. Neben Redebeiträgen wurde den Opfern in einer Schweigeminute gedacht. Ziel der Veranstaltung war es auch darauf aufmerksam zu machen, dass das Sterben im Mittelmeer weitergeht: **„Jeder Tag ist der 3. Oktober“**.

Bereits wenige Tage später ereignete sich ein weiterer dramatischer Schiffsbruch: Am **11. Oktober 2013** geriet ein Boot mit 450-500 Migrant*innen aus Syrien, Palästina und Tunesien in Seenot, nachdem es von libyschen Milizen beschossen worden war. Durch die Schusslöcher trat Wasser in das Boot und es begann zu sinken. 268 Menschen starben, unter ihnen viele Kinder. Trotz eines Hilferufs trafen die maltesische und italienische Küstenwache erst sechs Stunden später am Unglücksort ein. Das Schiff war zu diesem

Zeitpunkt bereits gesunken. Grund waren Streitigkeiten über die Zuständigkeit der EU-Küstenstaaten. Zwar urteilte der [Gerichtshof in Rom](#), dass sich die italienische Küstenwache in diesem Fall der vorsätzlichen Unterlassung der Rettung schuldig gemacht habe und so für den Tod von 268 Flüchtenden verantwortlich sei, doch die beiden Angeklagten, Kapitän Leopoldo Manna und Fregattenkapitän Luca Licciardi, entgingen einer Verurteilung, weil der Fall bereits verjährt war. Zu dem Jahrestag hat die NGO „[Maldusa](#)“, mit der borderline-europe eng zusammenarbeitet, nach Lampedusa eingeladen, um der Toten vom 11. Oktober zu gedenken. In vier öffentlichen Abendveranstaltungen stellten z.B. lampedusanische Aktivistinnen ihre Arbeit und die Situation auf der Insel vor. Eine der Initiativen ist die „Decke von Yusuf - [La coperta di Yusuf](#)“, die von Lampedusa ausging und von Unterstützer*innen aus der ganzen Welt gestrickte Decken-Quadrate sammelt. Daraus entsteht eine „unendliche“ Decke. Sie ist ein Symbol für das Erinnern an all diejenigen, die Opfer der rassistischen EU-Grenzregime geworden sind und für eine Gemeinschaft jenseits von Zugehörigkeiten zu Kategorien.



Eine der Decken von Yusuf

Auf dem Friedhof in Lampedusa befinden sich auch Gedenktafeln für (un)identifizierte Migrant*innen, die auf dem Mittelmeer gestorben sind.



Gedenktafeln für (un)identifizierte Migrant*innen

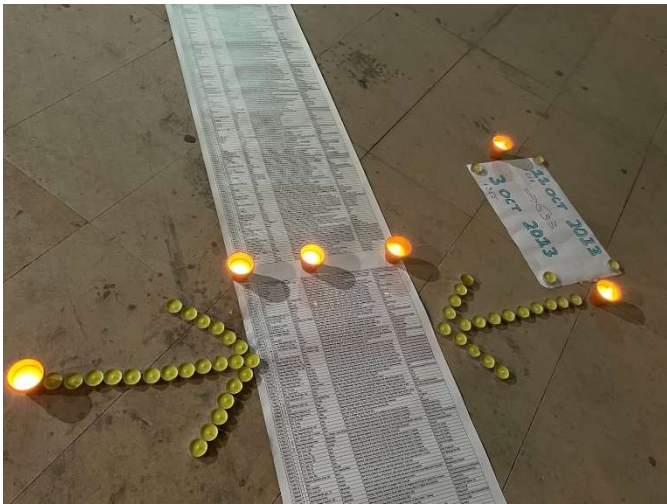
Mediterranean Hope und das Forum solidale kümmern sich um die Gräber, pflegen sie und machen Friedhofsbegehungen und -führungen.

Weitere Diskussionsrunden beschäftigen sich mit der Situation in Niger, Libyen und Tunesien. Aktivist*innen aus Afrika sowie aus verschiedenen europäischen Ländern waren angereist, um gemeinsam mit den Lampedusaner*innen und den noch immer zahlreichen Tourist*innen vor Ort zu diskutieren.

Am 11. Oktober wurde in einer öffentlichen Veranstaltung der Toten mit Informationen durch Prozessbegleiter*innen, Videos, dem Vortragen von Gedichten eines sudanesischen Dichters, der kurz nach dem Verlassen selbst bei der Überfahrt verstarb, und Gebeten gedacht.

Ein Jahr nach dem Unglück vom 11. Oktober wurde das Alarm Phone ins Leben gerufen, das damit gestern [seinen neunten Geburtstag](#) beging.

Es folgen einige Fotos der „Commemor-Action“ vom 11. Oktober 2023 auf Lampedusa



Weitere Informationen zur Situation in Italien finden Sie unter „Projekte“ auf unserer [Homepage](#), in den vorherigen Ausgaben des [Scirocco](#) sowie in unserem [Streiflicht](#) „Zonen der Rechtlosigkeit“.

Kontakt

[borderline-europe](#)
Menschenrechte ohne Grenzen e.V.
<https://www.borderline-europe.de/>
italia@borderline-europe.de

Der Scirocco erscheint im Jahr 2023 mit freundlicher Unterstützung der Evangelischen Kirche im Rheinland (EKIR) und den Förderverein Pro Asyl.

Titelfoto: Wolfgang Hasselmann, unplash

PRO ASYL
 DER EINZELFALL ZÄHLT.